

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 30. Juni 1955

330/J

A n f r a g e

der Abg. B ö h m, P r o k s c h, O l a h, F r e u n d, Wilhelmine  
M o i k und Genossen  
an den Bundesminister für Inneres,  
betreffend den weiteren Aufenthalt des kommunistischen Weltgewerkschafts-  
bundes in Österreich.

-.-.-

Der kommunistische Weltgewerkschaftsbund, der die Zwangsorgani-  
sationen totalitärer Staaten umfaßt, hatte seit seiner Ausweisung aus  
Paris unter dem Schutz der sowjetischen Besatzungsmacht in Wien Quartier  
bezogen. Nicht nur die freie Gewerkschaftsbewegung Österreichs, sondern  
die der ganzen Welt mußte es sich gefallen lassen, von dieser Organi-  
sation beschimpft und herabgesetzt zu werden. Auch die Republik Österreich  
selbst, die der Tätigkeit wehrlos zusehen mußte, wurde von ihm verhöhnt.

Dieser Weltgewerkschaftsbund, der nun nach Abschluß des Staatsver-  
trages seine, Österreich aufgezwungene Exterritorialität verliert, hat  
bei den österreichischen Sicherheitsbehörden gemäß den Vorschriften  
des Vereinsgesetzes um  
/seine Zulassung angesucht. Es wäre ein Hohn, wenn nach mehrjährigem ge-  
setzwidrigem Wirken dieser Organisation die Erlaubnis zu weiterer Tätig-  
keit in Österreich gegeben würde. Die freie Gewerkschaftsbewegung der  
Welt könnte es nicht verstehen, wenn diese Organisation der Unfreiheit,  
die unter dem Deckmantel der Gewerkschaftsbewegung Ausbeutung und Zwangs-  
arbeit vertritt, von Wien aus ihre Tätigkeit gegen die Arbeiter und Ange-  
stellten fortsetzen könnte.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn  
Bundesminister für Inneres die nachstehende

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister in der Lage, jede weitere Tätigkeit  
des Weltgewerkschaftsbundes in Wien zu unterbinden?

-.-.-.-.-